

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (13. Jahrgang, Nr.06, Juni 2019)
besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Ich kann mich nun wirklich nicht selbst bevölkerungspolitisch betätigen.

Reinhard Marx, Kardinal und Vorsitzender der katholischen
Bischofskonferenz, geb. 1953

Politischer Kirchentag des Kirchenkreises Plön-Segeberg

findet vom 30- bis 31. August in Plön und Preetz statt

ArMut ist der Titel des Politischen Kirchentags, der am 30. und 31. August in Preetz und Plön stattfindet. Bereits zum 5. Mal lädt der Ökumeneausschuss des Kirchenkreises zusammen mit zahlreichen weiteren Akteurinnen und Akteuren ein zu Begegnung, Andachten und gemeinsamer Arbeit an bewegenden Themen, zu einem bunten Miteinander von Generationen und Kulturen – „Für eine gerechtere Welt“.

Die Veranstaltung beginnt am Freitag, 30. August um 18 Uhr mit einem Gottesdienst in der Nikolaikirche Plön. Der anschließende Eröffnungsvortrag lenkt den Blick auf „Armut – nicht nur in der Großstadt“. Die Gastrednerin Barbara Rieck ist als Sozialökonomin und Diakonin seit Jahren in der Unterstützung und Begleitung obdachloser Menschen in Hamburg tätig. Anhand ihrer Erfahrungen wird sie Strukturen und Ursachen von urbaner Armut, die sich vergleichbar auch in kleineren Städten und Gemeinden abbilden, darstellen und mit dem Publikum darüber diskutieren. In bewährter Weise wird der Eröffnungsvortrag bei Brezeln, Wein und Wasser in der Nikolaikirche ausklingen.

Der zweite Tag des Politischen Kirchentags ist wieder „Werktag“. Nach einer Morgenandacht in der Preetzer Stadtkirche können sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem vorher ausgewählten Workshop intensiv mit unterschiedlichen Facetten von Armut in unserer Gesellschaft und weltweit auseinandersetzen. Die Workshops werden jeweils von fachkundigen ExpertInnen begleitet. Themen sind u.a. „Kinderarmut – asozial per Herkunft?“, „Kein Ruhestand – wie Frauen mit Altersarmut umgehen“ sowie das Leben mit äußerster Armut in der Sahelzone. Das Plakatmotiv der Veranstaltung macht deutlich: Es soll nicht nur um die Betrachtung der Lebenssituation „Arm“ gehen, sondern auch um „Mut“ machende Unterstützungsansätze und politische Forderungen. Diese werden ab 18 Uhr in der Stadtkirche vorgestellt.

Zentraler Begegnungsort an diesem Tag ist das Gemeindehaus an der Stadtkirche, wo die Workshop-Gruppen sich zu den Mahlzeiten treffen und alle Interessierten ein buntes Programm mit Ausstellung, Kurzfilm und Infoständen finden. Besonders sehens- und hörensenswert werden die Präsentationen von Schülerinnen und Schülern des

BBZ Plön sein, die intensiv zum Kirchentagsthema recherchiert haben.

Weitere Informationen über den 5. Politischen Kirchentag sind unter <http://www.politischer-kirchentag.de> zu finden und bei **Pastorin Gertrud Schäfer, Ökumenische Arbeitsstelle, Tel. 04342/71716.**

Gertrud Schäfer (Ökumenepastorin des Kirchenkreises

Schuldnerberatung in Schleswig-Holstein

Am 3. Juni startete in Schleswig-Holstein die Aktionswoche der Schuldnerberatung. Unter dem Motto „Albtraum Miete“ wurde bis zum 7. Juni mit verschiedenen Aktionen und Angeboten auf den Nutzen und die Chancen der Schuldnerberatung aufmerksam gemacht. Im Mittelpunkt der Aktionswoche stand das Thema bezahlbarer Wohnraum.

Im Jahr 2017 haben in Schleswig-Holstein 28.303 Menschen eine Schuldnerberatung aufgesucht. Das ergibt der jährlich herausgegebene Schuldenreport der Koordinierungsstelle Schuldnerberatung mit Sitz in Rendsburg. Fast ein Viertel (22,5 Prozent) der Betroffenen hatte Mietschulden. „Die immer höheren Mieten und Energiekosten werden für Geringverdiener zur Kostenfalle“, sagt die Leiterin der Koordinierungsstelle Alis Rohlf. „Die Menschen, die in unsere Beratungsstellen kommen, geben durchschnittlich 46 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Wohnkosten einschließlich Energie- und Nebenkosten aus. Das ist viel zu hoch und eine wesentliche Ursache für Überschuldung. Gleichzeitig haben Menschen, die überschuldet sind, kaum Chancen auf dem Wohnungsmarkt.“

Davon besonders betroffen sind Geringverdienende in den Ballungszentren Kiel, Lübeck, Flensburg und dem Hamburger Umland aber auch auf Sylt. Dort fehlt es an bezahlbarem Wohnraum, auch weil in den vergangenen Jahren immer mehr Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen sind. „Land und Kommunen müssen deshalb dringend den Bau von Sozialwohnungen vorantreiben und dafür geeignete Flächen zur Verfügung stellen“, so Alis Rohlf.

Ein weiterer Grund für die schlechten Chancen von überschuldeten Menschen auf dem Wohnungsmarkt sind die Schufa-Auskünfte, die Vermieter häufig einfordern. Auch wenn diese Auskünfte nur Schulden auf Telefonie oder Warenbestellungen ausweisen, verweigern Vermieter immer wieder den Abschluss eines Mietvertrages. „Es darf keine Stigmatisierung auf Grund der Schufa-Auskunft geben“, fordert Alis Rohlf.

Leserbrief

Darüber hinaus sieht die Koordinierungsstelle Schuldnerberatung die Sozialleistungsträger in der Pflicht: So müssten die Grenzen für die anererkennungsfähigen Kosten der Unterkunft wie Miet- und Heizkosten realistisch sein und den Wohnungsmarkt auch abbilden. Die Übernahme von Mietschulden sollte so unbürokratisch wie irgend möglich organisiert werden. Außerdem könnte es im Einzelfall sinnvoll sein, wenn die Jobcenter auf Wunsch des Mieters die Mieten direkt an die Vermieter zahlen würden.

Bei Mietschulden finden Betroffene Rat und Hilfe in den Schuldnerberatungsstellen. In vielen Fällen kann gemeinsam mit den Beraterinnen und Beratern ein Ausweg aus der verfahrenen Situation gefunden werden. Dabei geht die Arbeit der Beratungsstellen über eine reine Schuldenregulierung hinaus. „Überschuldung ist mehr als nur ein materielles Problem. Die Bedrohung der existentiellen Grundlage führt in vielen Fällen in die soziale Isolation und belastet erheblich die physische und psychische Gesundheit“, sagt Alis Rohlf. „Die Beratungsstellen unterstützen die hilfesuchenden Menschen, ihre Lebensverhältnisse zu stabilisieren.“

Vor diesem Hintergrund möchten die Schuldnerberatungsstellen während der Aktionswoche mit niedrigschwelligem Angeboten über ihre Arbeit und die Erfolgsaussichten einer Beratung informieren. Dazu sind zum Beispiel in Uetersen, Elmshorn, Pinneberg und Halstenbek Präventionsveranstaltungen geplant. Bei einem interaktiven Gesprächsforum auf dem Hochschulcampus in Flensburg diskutieren Vertreter von Diakonie, der Stadt Flensburg, Haus & Grund und dem Mieterverein sowie Staatssekretärin Kristina Herbst über das Thema Wohnen. Außerdem bieten zahlreiche Beratungsstellen Feierabendsprechstunden an oder schalten Beratungs-Hotlines.

aus: www.diakonie-schleswig-holstein.de

Seenotrettung ist Völkerrecht

Angesichts des Sterbens von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer wenden sich mehr als 300 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Hilfsorganisationen und Seenotrettungsorganisationen, in einem Offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und fordern eine Neuausrichtung der deutschen und europäischen Politik. Dazu sagt Diakonie-Präsident Ulrich Lilie:

"Die Seenotrettung von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer zu beenden, kommt einem moralischen Offenbarungseid gleich. Die EU hat sich verpflichtet, Schutzsuchenden Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu gewähren. Stattdessen setzt sie immer stärker auf Abschottung und Abschreckung. Dass sie dabei tausendfaches Sterben billigend in Kauf nimmt, ist nicht hinnehmbar. Die Pflicht zur Seenotrettung ist Völkerrecht und das Recht auf Leben ist nicht verhandelbar."

Seit 2015 hat die EU 730.000 Menschen auf der Flucht aus dem Mittelmeer gerettet.

aus: *Diakonie-Report April 2019*

Liebe Aktive im Konvent „DAGS“, liebe „DAGSE“

Einigermaßen irritiert habe ich durch die Mail von Klaus Herrmann erfahren, dass ihr genötigt seid, eure Mitteilungen und Arbeitsergebnisse zukünftig auf anderen Wegen zu versenden.

Auch wenn es schon eine geraume Zeit her ist, dass ich selbst mitgearbeitet habe, lese ich seitdem eure Rundbriefe mit großem Interesse und finde es mit zunehmender Zeit wichtiger, sich mit den von euch angegangenen Themen auseinanderzusetzen.

Eine Umstellung eines Vertriebsweges von Mitteilungen ist an sich zunächst kein Drama und häufig unser aller tägliches Brot im beruflichen Alltag.

Dramatisch allerdings erscheint mir die Begründung dieser Umstellung und die Tatsache, dass es hierzu eines Beschlusses des Ältestenrats bedurfte. Die Begründung dieses Beschlusses erschüttert mich in meinem Glauben an eine Brüder- und Schwesternschaft, dich sich (so habe ich sie immer verstanden) Solidarität mit Schwächeren, eine kritische Auseinandersetzung mit der Obrigkeit und mit deren behindernden Strukturen auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Ist es wirklich nötig, auf kritische Anfragen, seien sie berechtigt oder nicht, mit Vertriebsverboten zu reagieren? Ich habe in einer Zeit an der evangelischen Fachhochschule studiert, in der Kritik an der Kirche, an der Stiftung und der Hochschule und deren Verantwortlichen zum Inhalt von Seminaren und Veranstaltungen gehörte. Da hätten so manche Leitenden wohl mit Sprechverboten reagieren müssen. Sie haben es nicht getan, sondern sich der Auseinandersetzung gestellt. Schade, dass heute die Orbans und Kaczynskis dieser Welt offensichtlich auch im Rauhen Haus Freunde und Nachahmer finden.

Ekkehard Gertig

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
Klaus Herrmann,
Email: kherrmann@kabelmail.de**

**Unsere nächsten Treffen finden statt
am 15.07.2019
im Rauhen Haus,
im Haus Weinberg (III. Stock, Besprechungszimmer.
Wir treffen uns von 16.30 bis 19.00 Uhr.**

Freundliche Reden sind Honigseim, süß für die Seele und heilsam für die Glieder.

(Monatsspruch Juni 2019 aus Sprüche Salomo 16,24)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
30. Juni 2019